



Argentiniens Kommunisten stehen vor neuen Aufgaben

Von Jörg Schwiegl

Mit dem Sturz der Militärdiktatur und der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Verhältnisse entstand 1983 in Argentinien, einem Industrie-Agrar-Staat mit relativ entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnissen, 28 Millionen Einwohnern und 2,7 Millionen Quadratkilometer Fläche, eine neue Lage. Diese grundlegenden Veränderungen schließen auch günstigere Wirkungsmöglichkeiten für die argentinischen Kommunisten ein. Im Kampf gegen die 1976 errichtete Militärdiktatur hatten die Kommunisten mit den anderen

demokratischen Kräften große Opfer gebracht.

Bereits 1982 hatte die KP Argentiniens im Rahmen des anschwelenden demokratischen Massenkampfes die faktische Legalität erkämpft. Nach einer intensiven Kampagne gelang es 1983, die juristische Anerkennung der Partei durchzusetzen. Das* geschah erstmalig in der traditionsreichen Geschichte der Partei, die bereits 1918 unter dem unmittelbaren Einfluß der Oktoberrevolution gegründet wurde und somit eine der ältesten Bruderparteien Lateinamerikas ist.

Ziel ist ein Bündnis aller Linkskräfte des Landes

Die veränderten Kampfbedingungen stellen an die Strategie und Taktik der KP Argentiniens neue Anforderungen. Dabei können die argentinischen Kommunisten auf große Erfahrungen zurückgreifen, die in zahlreichen Klassenschlachten, in Massenaktionen, im legalen und illegalen Kampf erworben wurden. Das betrifft auch die marxistisch-leninistische Bündnispolitik, die von der KPA stets flexibel und mit „notwendigem Mut“ in Angriff genommen wurde, wie der Generalsekretär des ZK der KPA, Athos Fava, unterstrich.

Die Kompliziertheit besteht heute darin, daß die argentinischen Genossen gleichzeitig auf mehreren Ebenen wirksam werden müssen. Sie streben an - die Schaffung eines Bündnisses aller Linkskräfte (Front der nationalen und sozialen Befrei-

ung) auf der Grundlage eines klaren demokratischen, antiimperialistischen, antioligarchischen Programms, das die Perspektive einer sozialistischen Entwicklung eröffnet;

- die Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte zur Sicherung der verfassungsmäßigen Verhältnisse (Pakt zum Schutze der republikanischen Institutionen). Dieser Bewegung sollen sich alle politischen Parteien, von der regierenden Radikalen Bürger-Union bis zur einflußreichen Peronistischen Partei, die Massenorganisationen, die Gewerkschaften bis hin zu patriotischen Militärs und Vertretern der Kirche sowie der Regierung selbst anschließen;

- die Entwicklung einer breiten Massenbewegung gegen die aggressive Konfrontations- und Einmischungspolitik des USA-Impe-

rialismus, gegen Kriegsgefahr und Atomtod.

Als die gegenwärtige Hauptaufgabe sieht die KPA an, die durch das Volk zurückeroberte Demokratie zu stärken und eine Destabilisierung zu verhindern. Es komme darauf an, durch die weitere Mobilisierung der Massen eine demokratische Entwicklung im Interesse des Volkes zu sichern, heißt es in mehreren Erklärungen der Partei.

Eine demokratische Entwicklung in Argentinien biete gleichzeitig die Möglichkeit, objektiv notwendig gewordene ökonomische und soziale Veränderungen in Angriff zu nehmen. Besonders gravierend wirkt hierbei das Problem der hohen Auslandsverschuldung als eine sich verschärfende Form der Abhängigkeit vom Imperialismus und der damit verbundene Druck der ausländischen Monopole und des IWF. Die KPA sieht für die Beendigung dieser Abhängigkeit nur eine Alternative: Kampf und Voranschreiten auf dem Wege der nationalen Befreiung.

Unter diesem Aspekt des Kampfes für Demokratie, nationale Befreiung und Frieden hat die Kommunistische Partei Argentiniens ihre Positionen gegenüber der bürgerlich-demokratischen Regierung unter Präsident Raul Alfonsín bestimmt. Eine der letzten Tagungen des ZK der KPA hat diese Regierung als „heterogen zusammengesetzt“ charakterisiert, „in der progressive neben zur Versöhnung neigende Persönlichkeiten wirken und deren